

Irland

Mary C. Murphy*

In Irland setzte sich der Wirtschaftsaufschwung, einhergehend mit überdurchschnittlichen Wachstumszahlen und sinkender Arbeitslosigkeit, fort. Diese Aufwärtstendenz maskiert jedoch anhaltende makroökonomische und politische Herausforderungen, die es für eine nachhaltige Entwicklung zu bewältigen gilt. Nach den Parlamentswahlen im Februar 2016 gab es keine stabilen Mehrheitsverhältnisse; nach zehnwöchigen Verhandlungen kam lediglich eine Minderheitsregierung zustande. Die politische Stabilität wurde durch das britische EU-Mitgliedschaftsreferendum weiter auf die Probe gestellt, denn Irland ist mehr als jeder anderer Mitgliedstaat von diesem Votum betroffen. Den irischen Behörden liegt es nun daran, Schäden für die nationalen Interessen während des Austrittsprozesses zu minimieren. Der Brexit wird für das Land und sein Verhältnis zu Großbritannien sowie Nordirland von großer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sein.

Parlamentswahlen 2016

Die Wahlen vom Februar 2016 brachten eine gesplante parlamentarische Landschaft ans Licht. Die amtierende Koalition zwischen der konservativen Partei Fine Gael und der Arbeiterpartei konnten ihre Mehrheit nicht halten. Insbesondere die Arbeiterpartei als Juniorpartnerin in der Koalition wurde abgestraft; sie verlor 30 Sitze und es blieben ihr nur noch sieben Abgeordnete. Trotz Verlusten ging die Fine Gael weiterhin als stärkste Partei Irlands hervor. Doch die Gewinner der Wahl waren die Oppositionsparteien, die republikanischen Fianna Fáil und Sinn Féin, sowie unabhängige Kandidaten. Eine Einigung mit einigen unabhängigen Kandidaten konnte Fine Gael erst nach zehnwöchigen Verhandlungen erzielen, um eine Minderheitsregierung zu bilden, die von der größten Oppositionspartei, Fianna Fáil, mitgetragen wird. Das „Programm für eine partnerschaftliche Regierung“ sieht detaillierte politische Ziele und Prioritäten der Minderheitsregierung vor,¹ um vor allem den wirtschaftlichen Aufschwung zu stärken und den fiskalpolitischen Verpflichtungen Irlands als Teil der Eurozone nachzukommen. Alle Parteivorsitzenden wurden in der Öffentlichkeit scharf kritisiert, da sie keine Regierung während des auch für Irland bedeutsamen Referendums in Großbritannien bilden konnten. Die politische Blockade war maßgeblich dafür verantwortlich, dass die irische Regierung nur mangelhaft auf den Ausgang des Brexit-Referendums vorbereitet war.

Wirtschaft

Infolge der irischen Anstrengungen, das Haushaltsdefizit auf unter drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu senken, endete im Mai 2016 nach sieben Jahren das Defizitverfahren, in welchem die Europäische Kommission die irische Haushaltspolitik eingehend kontrol-

* Übersetzt aus dem Englischen von Leonard Schütte und Julia Klein.

1 New Partnership Government: A Programme for a Partnership Government, May 2016, abrufbar unter: http://www.merrionstreet.ie/MerrionStreet/en/ImageLibrary/Programme_for_Partnership_Government.pdf (letzter Zugriff: 4.8.2016).

lierte. Die präventive Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts bleibt bestehen. Irlands wirtschaftliche Aussichten sind dennoch positiv zu bewerten. Die Kommission prognostiziert, dass Irland zum dritten Mal in Folge die am schnellsten wachsende EU-Volkswirtschaft sein wird. Irlands zentrale Statistikbehörde vermeldete eine Wachstumsrate von 26 Prozent für 2015, wofür sie sich jedoch Mitte 2016 Kritik zuzog. Obwohl diese Angabe technisch korrekt und auf Basis internationaler Normen kalkuliert war, schätzten die meisten Beobachter diese als irreführend ein. Die außergewöhnlich hohe Wachstumsrate sei durch einmalige Maßnahmen einzelner multinationaler Firmen verzerrt, sodass die offiziellen Angaben nicht die Faktenlage widerspiegeln würden. Darunter hat die Glaubwürdigkeit Irlands in Buchhaltungsfragen erheblich gelitten.² Das realistische Wirtschaftswachstum wird nun für 2016 auf 4,9 Prozent und für 2017 auf 3,9 Prozent taxiert.³ Prognosen gehen aber davon aus, dass der Brexit als Wachstumsbremse auch die irische Wirtschaft hemmen wird. Großbritannien ist der wichtigste Absatzmarkt für die irische Exportwirtschaft. Das wöchentliche Handelsvolumen in Gütern und Dienstleistungen beträgt mehr als 1 Mrd. Euro. Daher will die Regierung den Binnenmarktzugang für Großbritannien auch nach einem EU-Austritt erhalten. Der Wirtschaftsaufschwung spiegelt sich auch in anderen Parametern wieder: Die Arbeitslosigkeit ist mit 7,8 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit acht Jahren und liegt unter dem Eurozonendurchschnitt von 10,2 Prozent.⁴ Zudem sollen sich Ab- und Einwanderung 2016 die Waage halten und die Nettoeinwanderung ab 2017 sogar zunehmen. Die Handelsbilanz weist Überschüsse auf, der Inlandskonsum steigt und der Bruttoschuldenstand verringert sich stetig. Die Zinsen auf zehnjährige Staatsanleihen betragen momentan weniger als 1 Prozent. Die erhöhte Wettbewerbsfähigkeit ist jedoch fragil und anfällig für interne Ungleichgewichte und externe Schocks. Die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters 2016⁵ beinhalteten konkrete Reformvorschläge für 2016 und 2017, wie den Schuldenabbau zu beschleunigen (1); die Steuergrundlage zu erweitern, das Gesundheitssystem zu optimieren und öffentliche Investitionen in Forschung und Infrastruktur zu priorisieren (2); Arbeitsanreize zu erhöhen und die Kinderfürsorge zu verbessern (3); verschuldeten Firmen und Privathaushalte mehr zu unterstützen (4).

Irland ist für seine Steuerpolitik weithin in Kritik geraten. Das Körperschaftssteuerregime wird zurzeit von der Kommission auf seine Legalität hin geprüft. Auch das amerikanische Finanzministerium hat Zweifel geäußert. Aufhänger für die Untersuchung ist das Steuerabkommen zwischen Irland und Apple, das von staatlichen Beihilfen profitiert haben soll. Falls die Kommission befundet, dass dieses Abkommen nicht mit EU-Recht vereinbar ist, muss Apple Steuern in Millionenhöhe zurückzahlen. Das irische Finanzministerium hat bereits angekündigt, gegen ein solches Urteil vorgehen zu wollen.

2 Aidan O'Regan: Did Ireland's economy really grow by 26.3 percent? Only on paper. Here's the real story, in: The Washington Post, 15.7.2016.

3 Department of Finance: Summer Economic Statement, June 2016, abrufbar unter: <http://www.budget.gov.ie/Budgets/2017/Documents/SES/Summer-Economic-Statement-2016.pdf> (letzter Zugriff: 4.8.2016).

4 Irish Times: Unemployment falls to post-crash low of 7.8%, 31.5.2016.

5 Europäische Kommission: Europäisches Semester 2016, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_de.htm (letzter Zugriff: 4.8.2016).

Agrarpolitik

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union ist von besonderer Bedeutung für die irischen Landwirte, da diese in erheblichem Maße von der finanziellen Unterstützung profitieren. Als größte heimische Industrie macht die irische Landwirtschaft 8,1 Prozent der Arbeitsplätze, 10,8 Prozent der Exporte sowie 7,6 Prozent der Wertschöpfung aus.

Die Entscheidung der Europäischen Union im Jahr 2015, die Milchquoten abzuschaffen, wurde weitgehend positiv aufgenommen. Viele Landwirte investierten daraufhin in neue Technologien, um größeren Nutzen aus neuen Produktionsmöglichkeiten zu schlagen. Die aus dem Auslaufen der Quote resultierende Überproduktion ging jedoch mit einem Kollaps der Milchpreise einher. Der EU-Vorschlag, zeitweise die Milchproduktion zu reduzieren, wird von den irischen Landwirten und der Regierung abgelehnt. Stattdessen bevorzugen sie finanzielle Hilfen und flexiblere Interventionsmaßnahmen.

Außenpolitik

Die Krisenherde und Tragödien in Nordafrika und dem Nahen Osten waren Auslöser umfangreicher Migrationsbewegungen nach Europa. Im Einklang mit anderen Mitgliedstaaten hat Irland mehrere Marineschiffe ins Mittelmeer entsandt. Im Jahr 2015 rettete die irische Marine 8.631 Migranten.⁶ Jedoch ist die irische Mission nicht Teil einer EU-Initiative, sondern unterstützt die Seenotrettungsmaßnahmen Italiens.

Irland hat sich Opt-Outs aus einem Großteil der Gesetzgebung im Bereich Justiz und Inneres und somit auch in der Migrations- und Flüchtlingspolitik gesichert. De facto beteiligt sich Irland aber an mehreren EU-Initiativen wie auch freiwillig am Umverteilungsmechanismus. Das von der irischen Regierung gegründete Irish Refugee Protection Programme (IRPP) soll einen „sicheren Hafen für Schutzsuchende“ gewährleisten.⁷ Das Land hat sich verpflichtet, 4.000 Schutzbedürftige innerhalb des EU-Programms zur Umverteilung von Flüchtlingen aufzunehmen. Bis zum Jahresende 2015 erreichten Irland auf diesem Wege nur 20 Asylbewerber. Zwar verläuft die Beantragung von Asyl schneller und die Zahl der Asylbewerber hat seitdem auch zugenommen, jedoch bleibt letztere hinter den Erwartungen zurück, wie auch die Organisation und Verwaltung des EU-Umverteilungsprogramms. Ferner haben Unkenntnisse und Fehlinformationen über den Registrierungsprozess unter den Flüchtlingen eine größere Zahl an Schutzbedürftigen davon abgehalten, in Irland Asyl zu beantragen.

Das EU-Freihandelsabkommen TTIP mit den USA hat auch in Irland für Aufsehen und Bedenken gesorgt. Sinn Féin, unabhängige Politiker und Interessengruppen, die vor allem Landwirte, Umweltschützer und Verbraucher vertreten, erwarten einen schädlichen Einfluss des Abkommens auf bestimmte Sektoren und Arbeitsrechte. Es wird befürchtet, dass TTIP die Entscheidungsautonomie der nationalen Regierung einschränkt.

Brexit

Die historische, aber knappe Entscheidung der Britinnen und Briten für einen EU-Austritt bedeutet auch für Irland ein einschneidendes Momentum. Viele irische Politiker haben

6 Defense Forces Ireland: Sunday 27th December 2015 – Naval Service Operations – 2015, abrufbar unter: <http://www.military.ie/en/naviculture.gov.ie/agri-foodindustry/euinternationalpolicy/commonagriculturalpolicy/capbeneficiariesdatabase/> (letzter Zugriff: 4.8.2016).

7 Department of Justice and Equality: Irish Refugee Protection Programme (IRPP), abrufbar unter: [http://justice.ie/en/JELR/Pages/Irish_Refugee_Protection_Programme_\(IRPP\)](http://justice.ie/en/JELR/Pages/Irish_Refugee_Protection_Programme_(IRPP)) (letzter Zugriff: 4.8.2016).

verstärkt für den EU-Verbleib Großbritanniens geworben und ermutigten dort ansässige irische Staatsbürgerinnen und -bürger, gegen einen Brexit zu stimmen.

Irland und Großbritannien trennt eine Landgrenze, die zwischen Nordirland und der Irischen Republik verläuft. Im Laufe des Friedensprozesses und bei der EU-Mitgliedschaft wurde diese Grenze aufgeweicht. Die Aussicht auf die Wiederherstellung einer harten, möglicherweise physischen Grenze wird allseits als wirtschaftlich und politisch problematisch eingestuft. Der Fokus der irischen Regierung nach dem Referendum liegt daher auf dem Schutz der nationalen Interessen. Ein Notfallplan⁸ wird federführend von der Abteilung des Regierungschefs koordiniert. Die zentralen Prioritäten betreffen die irisch-britischen Beziehungen, Handel, Investitionen, die Grenze zu Nordirland, Wettbewerbsfähigkeit, makroökonomische Aspekte, Finanzierung für Forschung und Innovationen und Energie. Die Aufrechterhaltung der offenen Grenze zwischen dem Nord- und Südteil der Insel ist von überragender Bedeutung. Die Freizügigkeit ist nicht nur wirtschaftlich wichtig, sondern auch von besonderer politischer Symbolik, vor allem für die Nationalisten. Weithin wird befürchtet, dass jedwede Veränderung des Status quo den Friedensprozess und die politische Stabilität gefährden könne. Schließlich polarisierte das Brexit-Referendum in Nordirland. Die stärkste Unionspartei, die Demokratische Unionspartei (DUP), machte sich für den EU-Austritt stark, während beide nationalistischen Parteien für den Verbleib stimmten. Letzteren folgten 56 Prozent der Nordiren; sie stimmten anders als die Mehrheit der Engländer und Waliser für den EU-Verbleib.

Die nordirische Regierung, bestehend aus der DUP und der nationalistischen Sinn Féin, ist uneinig, wie mit dem britischen Votum umzugehen ist. Anders als die DUP sieht Sinn Féin den mehrheitlichen Wählerwunsch Nordirlands nicht repräsentiert. Deshalb hat die Partei ein Referendum zur Wiedervereinigung Irlands ins Spiel gebracht, um Nordirland als Teil eines vereinigten Irlands in der Europäischen Union zu halten. Diese gegensätzlichen Sichtweisen sorgen für erhebliche Spannungen innerhalb der Regierung. Der Vorschlag des irischen Regierungschefs, ein Forum zum Brexit zu schaffen, wo Nordirland und die Republik Irland im Sinne gemeinsamer Interessen zusammenarbeiten können, wurde von der unionistischen DUP abgelehnt. Gleichzeitig versucht die irische Regierung, ihre Sorgen gegenüber anderen Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zu kommunizieren. Ein Treffen zwischen dem irischen Regierungschef und der deutschen Kanzlerin Angela Merkel blieb jedoch hinsichtlich des irischen Wunsches, die irische Situation bevorzugt zu behandeln, ergebnislos. Es entsteht in Irland der Eindruck, als hätten die anderen EU-Staaten wenig Verständnis für die Ängste Irlands.

Trotz zahlreicher Herausforderungen und Veränderungen ist die öffentliche Meinung zur Europäischen Union von Kontinuität geprägt. Für 54 Prozent der Irinnen und Iren hat die Europäischen Union ein positives Image, für nur 14 Prozent ein negatives.⁹ Eine klare Mehrheit von 81 Prozent glaubt, dass mit dem Brexit eine falsche Entscheidung getroffen wurde.¹⁰ Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs sind sich alle Parteien einig, dass die zukünftige Entwicklung von dem Ergebnis der Brexit-Verhandlungen abhängt. Das traditionell enge irisch-britische Verhältnis wird auf die Probe gestellt.

8 Irish Government News Service: Government Brexit contingency plans announced, Press release, 24.6.2016.

9 European Commission: Public Opinion in the European Union: National Report – Ireland, Eurobarometer 84, Fall 2015.

10 Irish Times: Four out of five Irish voters say UK was wrong to leave EU, 7.7.2016.